

GewerkschafterInnen gegen S 21

Plenum, 2. Mai 2011

Widerstand nach Landtagswahl und Koalitionsvertrag

Trotz erdrückender Faktenlage und politisch verlorener Wahl setzten die Befürworter weiter auf die Durchsetzung von Stuttgart 21

Mit dem Koalitionsvertrag haben sie, vertreten durch die SPD-Betonfraktion, eine Fortführungsoption erkämpft.

Solange nicht das endgültige AUS von S 21 und der Umstieg auf die Variante K21 /Bürgerbahnhof erklärt ist, muss der Widerstand in all seinen Formen, einschließlich Großdemos fortgesetzt werden. Geringere Teilnehmerzahlen sind unter den Bedingungen eines Baustopps und einer grün geführten Landesregierung natürlich und kein Gegenargument.

Schwerpunkte der nächsten Wochen sollen sein:

- Inhaltliche Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des Projekts, Stichwort Stresstest
- Einzubeziehen: die Ablehnung der NBS
- Orientierung auf eine Umstiegsperspektive zu K21/Bürgerbahnhof
- Politische Auseinandersetzung mit der SPD-Betonfraktion, bzw. korrespondierende Gewerkschaftsführungen

Sollte trotz alledem Grün-Rot im Herbst eine landesweite Volksabstimmung auf der Basis der geltenden Rechtslage ansetzen, plädieren wir dafür

- eine landesweite Informationskampagne zu starten
 - a) gegen S 21
 - b) zu demokratischen Kriterien einer Bürgerbeteiligung zu
- sich nicht, bzw. nur „kreativ“ an der angesetzten Volksabstimmung zu beteiligen
- schon heute zu erklären, dass wir uns dem Ergebnis einer solchen undemokratischen (Quorum, mangelnde Differenzierung Stuttgart/Land) Volksabstimmung nicht unterwerfen und den Widerstand fortsetzen werden.